

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr.-Ing. Paul Krüger, Gunnar Uldall, Dr. Hermann Pohler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Jürgen Türk, Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Rainer Ortleb, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/4979 –

Aufbau Ost vorantreiben

A. Problem

Trotz der in den zurückliegenden sechs Jahren erreichten Erfolge auf dem Weg zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Einheit Deutschlands und der erheblichen Aufbauleistungen ist das Ziel einer sich selbst tragenden Wirtschaft in den neuen Ländern noch nicht erreicht worden. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die neben konjunkturellen vor allem strukturelle Ursachen hat, muß alles daran gesetzt werden, die Wirtschaftskraft Gesamtdeutschlands zu stärken und die Unterschiede zwischen Ost und West nicht wieder größer werden zu lassen, sondern sie in möglichst kurzer Zeit zu verringern.

B. Lösung

Fortführung des Aufbaus einer sich selbst tragenden Wirtschaft in den neuen Bundesländern, die Investitionen und Arbeitsplätze aus eigener Leistung sichert, und Fortführung des Finanztransfers für den Osten, um die Wachstumskräfte zu stärken, den Mittelstand wirksam zu unterstützen sowie die wirtschaftliche, insbesondere die industrielle Basis zu verbreitern.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten sind nicht quantifizierbar.

E. Sonstige Kosten

Kosten sind nicht quantifizierbar.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/4979 – anzunehmen.

Bonn, den 12. Mai 1997

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost

Vorsitzender

Sabine Kaspereit

Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Sabine Kaspereit

I.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/4979 – wurde in der 113. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Rechtsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 14. Mai 1997 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS die Annahme des Antrages empfohlen.

Der Finanzausschuß hat in seiner 54. Sitzung am 6. November 1996 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 79. Sitzung am 16. Oktober 1996 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner Sitzung am 9. Oktober 1996 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 25. September 1996 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS die Annahme des Antrages empfohlen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat zu dem Antrag in seiner 40. Sitzung am 9. Oktober 1996 gutachtlich Stellung genommen. Er hat mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

III.

Die Antragsteller sprechen sich insbesondere dafür aus, die Innovationsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft zielgerichtet zu verbessern, Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung bzw. Konsolidierung von Unternehmen fortzuführen und Investitionen in den neuen Ländern nachhaltig zu fördern. Des weiteren seien die steuerliche Förderung zielgenau anzuwenden, die Infrastruktur weiter planmäßig auszubauen und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, insbesondere für innovative Vorhaben, neue Produkte und Dienstleistungen. Daneben sollen geeignete Rahmenbedingungen für die private Vermögensbildung geschaffen werden. Es wird ferner betont, daß die Strategie der Koalition für den Aufbau Ost sich als grundsätzlich richtig erwiesen habe. Nach Meinung der Antragsteller sei das finanzielle Engagement der westdeutschen Länder lange Zeit hinter den Erfordernissen zurückgeblieben und die Tarifpartner hätten eine zu schnelle Anpassung der Löhne an das Westniveau vereinbart, die weit über die Produktivitätsfortschritte hinausgehe. Dies habe die Arbeitslosigkeit im Osten noch weiter erhöht und den Menschen eine noch größere Flexibilität abverlangt. Die Antragsteller begrüßen, daß die Bundesregierung trotz schwierig gewordener Finanzlage erhebliche Transferleistungen für den Osten weiter für notwendig halte, bis dort ein selbsttragender Aufschwung erreicht sei.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage in seiner 55. Sitzung am 12. Mai 1997 beraten.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages – Drucksache 13/4979 – zu empfehlen.

Bonn, den 12. Mai 1997

Sabine Kaspereit
Berichterstatlerin